Stadt Karlsruhe
Der Oberbürgermeister

STELLUNGNAHME zu den Änderungsanträgen CDU-Gemeinderatsfraktion, GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, FDP-Gemeinderatsfraktion, AfD, Die Linke, GfK und FW	Vorlagen Nrn.: Verantwortlich:	**2017/0098** **2017/0096** **2017/0095** **2017/0075** **2017/0074** **2017/0067** **2017/0064** **Dez. 1**
Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt Karlsruhe		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	**07.02.2017**	**3**	**x**	

Die ehrenamtliche Tätigkeit im Gemeinderat und in den Ortschaftsräten ist mit einer hohen zeitlichen Belastung verbunden. Die Mandatsträger leisten im Ehrenamt ein enormes Arbeitspensum. Mit ihrer Wahl übernehmen sie eine Reihe von gesetzlichen Pflichten gegenüber der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern und stehen für fünf Jahre in der Verantwortung. Die Stadt Karlsruhe ist auf dieses freiwillige Engagement im Gemeinderat und den Ortschaftsräten angewiesen.

Die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Entschädigungen folgt dem Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahr 2010. Die Verwaltung hält diese Anpassung für angebracht. Aufgabe und Ziel der Regelung ist es, den Eintritt finanzieller Nachteile für ehrenamtlich Tätige zu verhindern. Eine Zurückstellung der Anpassung und eine Erhöhung weiterer Entschädigungssätze werden nicht empfohlen.

Die Stellungnahme nimmt Bezug auf die oben genannten Änderungsanträge. Die finanziellen Auswirkungen der jeweils vorgeschlagenen Maßnahmen waren kurzfristig nicht abzubilden.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		nein	x	ja

Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Finanzielle Auswirkungen der Änderungsanträge sind kurzfristig nicht abzubilden			

Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Kontenart:
Ergänzende Erläuterungen:

ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	x	nein		ja	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	nein		ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	nein		ja	abgestimmt mit

Beschluss (intern):

1. Zur Tagesordnung TOP 3 der Sitzung des Gemeinderates am 07.02.2017

2. Aufnahme ins Ratsinformationssystem und Übersendung der Vorlage an die Mitglieder des Gemeinderates.

3. Z. d. A.

Dienststelle	Datum	Unterschrift
Dez. 1		
ZJD		
HA		
Sachbearbeitung		Frank Leyerle Telefon: R 190